

NEUE SCHULDEN: MV-PLAN 2035



1,92 Mrd. Euro sollen in den kommenden zehn bis zwölf Jahren aus dem Infrastruktur-Sondervermögen des Bundes nach Mecklenburg-Vorpommern fließen. Im Rahmen einer Gipfelrunde, die im ersten Quartal 2026 erneut tagen soll, hat sich die Landesregierung bereits im Sommer gemeinsam mit verschiedenen Interessengruppen auf eine – wenn auch noch nicht endgültige – Verwendung der Mittel verständigt. Entstanden ist daraus der „MV-Plan 2035“. Rund 60 Prozent der Gelder sollen den Kommunen zugutekommen. Die Schwerpunkte liegen dabei

auf Investitionen in Bildung und Gesundheit. Mit Ausnahme der Pandemiezeit nimmt MV erstmals seit 2006 wieder neue Schulden auf. Auch die Lockerung der Schuldenbremse soll genutzt werden: Wie auf Bundesebene dürfen nun auch die Länder bis zu 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes als Kredite aufnehmen. Angesichts ausbleibender Steuereinnahmen aufgrund der wirtschaftlichen Lage sowie der neuen Einwohnerzahlen aus dem Zensus 2022 kann das Land andernfalls keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen. Ob das Ziel, in den kommenden zwei Jahren 250 Mio. Euro einzusparen, erreicht

werden kann, ist fraglich. Der Bund der Steuerzahler in MV hatte hierzu Stellung genommen; wir berichteten darüber in unserer November-Ausgabe. Noch größer werden die Herausforderungen ab 2028: Nach aktuellen Prognosen könnten dem Landeshaushalt dann jährlich bis zu einer Milliarde Euro fehlen. Der Landesrechnungshof warnte zuletzt ausdrücklich vor dieser Entwicklung, die – verbunden mit steigenden Zinslasten – erhebliche Einschnitte für die Leistungsfähigkeit des Landes bedeuten dürfte. Die abschließenden Haushaltsverhandlungen fanden nach Redaktionsschluss statt.



ZWEI VERSAMMLUNGEN, EIN KURS:

Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern sind jetzt ein Landesverband

Es gibt Entscheidungen, die man in einem Protokoll abhaken kann. Und es gibt Entscheidungen, die mehr sind als ein Tagesordnungspunkt. Die Fusion der beiden Landesverbände Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern gehört eindeutig zur zweiten Kategorie. Denn hier ging es nicht um „Verwaltung“, sondern um die Antwort auf die Frage: Wie bleibt der Bund der Steuerzahler im Nord-Osten dauerhaft handlungsfähig?

Die Antwort wurde an zwei Abenden gegeben, voneinander unabhängig und genau deshalb so überzeugend: Die Mitgliederversammlung in Mecklenburg-Vorpommern hat am 4. November 2025 in Schwerin zugestimmt. Die Mitgliederversammlung in Hamburg folgte am 13. November 2025, in-

demografische Entwicklungen, steigende Kosten, mehr Verwaltungsaufwand und ein Ehrenamt, das an vielen Stellen dünner wird. Doch der entscheidende Punkt ist: Diese Fusion passiert nicht aus Panik, sondern aus Vernunft. Denn die Alternative wäre gewesen, zuzusehen, wie Leistungsfähigkeit schleichend verloren geht. Das wäre bequem gewesen, aber nicht verantwor-

Für die Mitglieder ist die wichtigste Botschaft simpel: Grundsätzlich wird sich für Sie nichts ändern. Vieles läuft bereits heute so, wie es künftig im gemeinsamen Verband organisiert wird. Die Mitgliederverwaltung wird schon seit vier Jahren aus Hamburg koordiniert. Das heißt: Es gibt keinen Bruch, keine Umstellung ins Unge- wisse, nur mehr Stabilität in den Abläufen.

„Das war kein Durchwinken, sondern demokratische Legitimation auf beiden Seiten.“

tungsvoll. In Schwerin wurde der Verschmelzungsvertrag erläutert, die Unterlagen lagen ordnungsgemäß aus, eine Verschmelzungsprüfung wurde nicht beantragt und es gab keinen Diskussionsbedarf, der die Grundidee infrage gestellt hätte. Am Ende gab es 100 Prozent Zustimmung. Klarer geht es nicht. In Hamburg verlief es genauso transparent: form- und fristgerechte Einladung, die Unterlagen lagen seit dem 15. Oktober in der Geschäftsstelle zur Einsicht aus, ein Notar vor Ort für den Verschmelzungspunkt. Auch hier: einstimmige Zustimmung zum Verschmelzungsvertrag. Und die Konsequenz wurde unmittelbar vollzogen: neuer Name, neue Struktur.

Und auch politisch bleibt Mecklenburg-Vorpommern klar im Fokus. Unsere freie Pressereferentin Michaela Skott (Schwerin), die seit vielen Jahren hervorragende Arbeit macht, wird weiterhin die Landespolitik in MV im Blick behalten und Themen setzen.

Wichtig ist auch das, was manche bei Fusionen zu Recht befürchten: dass am Ende „Synergien“ heißt, man spart beim Service. Genau das wird nicht passieren. Für beide Landesverbände gilt: An unserem Service für die Mitglieder werden wir nicht sparen. Das betrifft ausdrücklich die Angebote, die viele Mitglieder regelmäßig nutzen, zum Beispiel unsere zahlreichen Online-Seminare. Und es gilt genauso für die persönliche Sprechstunde, in der Mitglieder konkrete Hilfe und eine klare Einordnung bekommen.

Wirtschaftlich steht das Ganze auf einem Fundament, das man in solchen Projekten nicht oft sieht: Beide Verbände sind schuldenfrei, die Verschmelzung ist aus eigenen Mitteln finanzierbar. Das ist wichtig, weil es die Fusion aus der Ecke „Rettungsaktion“ herausholt. Das ist Stabilisierung aus Stärke, nicht aus Schwäche. Fusionen scheitern oft nicht an Paragraphen, sondern an Personalfragen. Hier wurde das Gegenteil gezeigt: In der Hamburger Mitgliederversammlung wurden im Hinblick auf die Fusion zusätzliche Mitglieder aus Mecklenburg-Vorpommern in die Gremien gewählt:

Vorstand:

Knud Bernitz (Born/Darß)
Reiner Holznapel (Berlin)



Freuen sich über eine gelungene Mitgliederversammlung in Schwerin (von links): Sascha Mummenhoff, Henning Dierks, Christian Rosenkranz, Knud Bernitz und Wolfgang Dittmann.

klusive Satzungsänderung und personeller Weichenstellungen. Das war kein Durchwinken, sondern demokratische Legitimation auf beiden Seiten. Beide Verbände eint seit Jahren dieselbe Haltung: Steuergeld ist kein Spielgeld. Transparenz, saubere Haushalte, klare Kritik, wenn Politik sich Ausreden bastelt, statt Probleme zu lösen. Aber auch ein Verband, der politisch klar ist, muss organisatorisch stabil bleiben. Und genau hier liegen die Herausforderungen:

Der neue Verband: zwei Regionen, ein Name, ein Anspruch

Mit der Fusion entsteht der Bund der Steuerzahler Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern e.V. mit Sitz in Hamburg. Der Name ist Programm: Hamburg bleibt Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern bleibt Mecklenburg-Vorpommern. Niemand wird „eingemeindet“. Es geht um Gemeinsamkeit ohne Identitätsverlust.

Verwaltungsrat:

Christian Rosenkranz (Neustadt-Glewe)
Henning Dierks (Rostock)
Wolfgang Dittmann (Ludwigslust/Parchim)

Direkt im Anschluss hat sich der Vorstand konstituiert und die Aufgaben verteilt:

Vorsitzender:

Sascha Mummenhoff

Stellvertretender Vorsitzender:

Reiner Holznel

Schatzmeisterin (Vereinsfinanzen):

Gabriele Kummerfeldt

Haushaltspolitischer Sprecher:

Knud Bernitz

Steuerpolitische Sprecherin:

Petra Ackmann

Sozialpolitische Sprecherin:

Dieta Brandt

Werbung/Öffentlichkeitsarbeit/

Mitgliederbetreuung:

Jürgen Nielsen

Das ist die klare Botschaft an Mitglieder und Öffentlichkeit: Der neue Verband ist nicht „in Gründung“, er ist arbeitsfähig. Zuständigkeiten sind benannt, Verantwortung ist verteilt. In der konstituierenden Sitzung wurde ein Satz gesagt, der hängen bleibt, weil er ehrlich ist: Der Prozess wurde als „Triathlon“ beschrieben. Die erste Disziplin ist geschafft. Es folgen aber noch zwei weitere Disziplinen: In den kommenden Monaten müssen eine neue Satzung und eine neue Geschäftsordnung erarbeitet werden. Außerdem müssen die Mitgliederstrukturen zusammenwachsen. Diese Fusion ist kein Selbstzweck. Sie ist ein bewusstes „Ja“ zur Zukunftsfähigkeit, abgesichert durch zwei Mitgliederversammlungsbeschlüsse,



Gemeinsam für Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern (von links): Gabriele Kummerfeldt, Björn Brandt, Dieta Brandt, Sascha Mummenhoff, Petra Ackmann, Wolfgang Dittmann, Knud Bernitz, Christian Rosenkranz, Jürgen Nielsen und Reiner Holznel.

solide Finanzen und eine klare personelle Aufstellung. Vor allem aber ist sie ein Signal an die Mitglieder: Wir setzen nicht auf Hoffnung, wir setzen auf Struktur. Damit die Stimme der Steuerzahler im Nord-Osten nicht nur bleibt, sondern hörbarer wird. Die Mitglieder haben den Weg freigemacht. Formal endgültig ist die Fusion allerdings erst, wenn das Vereinsregister die Verschmelzung eingetragen hat. Diese letzte Bestätigung steht jetzt noch aus. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich Danke sagen: allen Mitgliedern der Vorstände und Verwaltungsräte beider Landesverbände für die klare Haltung und die Disziplin, die es für so ein Projekt braucht. Und ich danke unserem Team in der Geschäftsstelle für die ruhige, verlässliche Arbeit im Hintergrund, besonders Anke Petri und Annika Hüners. Das ist die Sorte Einsatz, die man selten auf der Bühne sieht, die aber am Ende entscheidet, ob so ein Prozess gelingt. Ich kann Ihnen offen sagen: Mich berührt

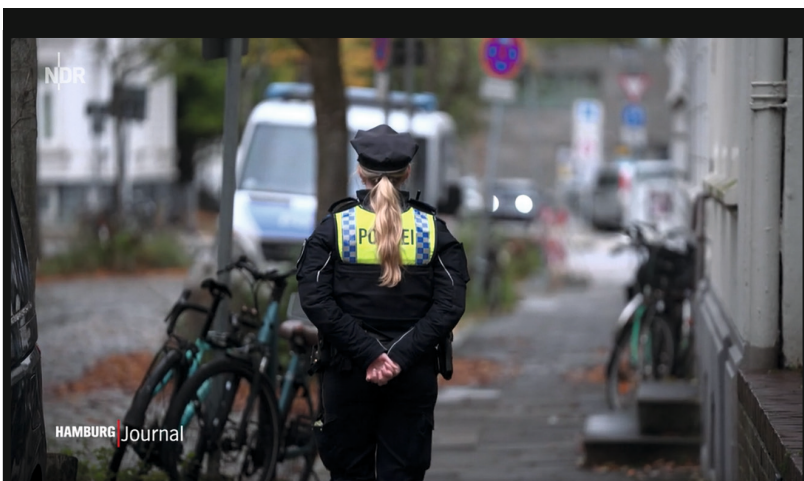
diese Fusion. Nicht, weil ein formaler Akt erledigt ist, sondern weil wir gemeinsam etwas geschafft haben, das in Verbänden selten gelingt. Als Vorsitzender des ersten BdSt-Landesverbands, der diesen Schritt der Fusion geht, empfinde ich das als besondere Ehre, aber auch als Verpflichtung. Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, das klingt nach etwas. Und dahinter steckt mehr als ein Name: zwei Regionen, die ihre Stärke zusammenlegen, ohne ihre Identität aufzugeben. Ich freue mich auf die verantwortungsvolle Aufgabe, gemeinsam mit meinen Mitstreitern aus Vorstand und Verwaltungsrat diesen neuen Verband mit Leben zu füllen, die Strukturen klug weiterzuentwickeln und dafür zu sorgen, dass unsere Stimme für die Steuerzahler im Nord-Osten nicht leiser wird, sondern (noch) hörbarer.

Ihr Sascha Mummenhoff
Landesvorsitzender

STEUERGELD AUS DER GIESSKANNE

Während die Mittel aus dem Infrastruktur-Sondervermögen – also den zusätzlichen Schulden – im Land fleißig verplant werden, machten die Kommunen auf einem Kommunalgipfel im November deutlich, wie stark sie derzeit belastet sind. Das bestätigt auch der Anfang Dezember vorgestellte Kommunalfinanzbericht: Erstmals seit acht Jahren weisen die Kommunen ein Finanzierungsdefizit aus – knapp 307 Mio. Euro. Trotz Rekordeinnahmen sind die Kassen vielerorts so leer wie lange nicht. Zwar decken die laufenden Einnahmen noch die Ausgaben, doch der Trend zeigt deutlich nach unten. Ein wesentlicher Kostentreiber ist die Bundesgesetzgebung, insbesondere das Bundesteilhabegesetz. Deshalb hat das Land gemeinsam mit dem Städte- und Gemeindetag beschlossen, jeder

der 726 Kommunen in MV unbürokratisch 50.000 Euro zu überweisen. Die insgesamt 36 Mio. Euro stammen aus Bundesmitteln, die eigentlich als Ausgleich für Mindereinnahmen an das Land gehen sollten. Die Landesregierung verzichtet zugunsten der Kommunen darauf – weitere Entlastungsmaßnahmen sollen folgen. Doch hilft es tatsächlich, jeder Kommune pauschal denselben Betrag zuzuweisen? Angesichts der teils dramatischen Haushaltslage wirkt diese Maßnahme eher aktionistisch und wirft so kurz vor den Landtagswahlen Fragen auf. Soll hier – ähnlich wie in früheren Fonds und Sonderprogrammen – gute Stimmung erzeugt werden? Für die meisten Kommunen dürfte die Zahlung ohnehin kaum mehr sein als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein.



HAMBURG Journal

Scholz' Wohnung in Altona: Bewachung kommt Steuerzahler teuer zu stehen

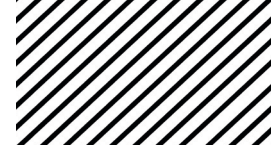
Der NDR berichtete zuerst über die hohen Sicherheitskosten für die Bewachung von Olaf Scholz' Zweitwohnung in Altona.

DIE TEUERSTE „ZWEITWOHNUNG“ HAMBURG?

Seit 2018 wohnt Olaf Scholz (SPD) in Potsdam. In Hamburg hat der frühere Bürgermeister und Alt-Bundeskanzler aber weiterhin eine Wohnung in Altona. Und die wird seit Jahren rund um die Uhr von der Polizei bewacht, obwohl sie nach Anwohnerberichten und Medienangaben offenbar nur selten genutzt wird. Allein 2023 kamen dafür mehr als 28.000 Einsatzstunden zusammen. Die Kosten trägt Hamburg, also am Ende die Steuerzahler. Schätzungen gehen von bis zu zwei Millionen Euro pro Jahr aus. Seit Scholz' Umzug nach Potsdam könnten so insgesamt bis zu 15 Millionen Euro zusammengekommen sein.

Wenn der Staat Sicherheit für seine Spitzenpolitiker organisiert, ist das selbstverständlich. Niemand will, dass Leib und Leben gefährdet werden. Das eigentliche Problem liegt hier aber nicht im Sicherheitsbedarf, sondern in der mangelnden Transparenz. Aufwand und Kosten werden kaum öffentlich hinterfragt. Vielleicht ist das alles gar nicht so schlimm. Aber um das beurteilen zu können, braucht es Fakten. Genau diese Offenheit fehlt. So wie auch bei anderen Kostenfragen, etwa bei den Polizeieinsätzen für Hochrisikospiele. Auch dort mauert die Innenbehörde trotz zahlreicher Anfragen nach konkreten Zahlen. „Und dann geht es bei diesem Thema nicht nur ums Geld, sondern auch um Moral und Integrität“, so Sascha Mummenhoff. „Wie will man Hamburgerinnen und Hamburgern, die verzweifelt eine Wohnung suchen, erklären, dass in Altona eine Wohnung dauerhaft bewacht wird, obwohl sie nur selten genutzt wird? Und wie soll man vermitteln, dass rund um die Uhr Polizisten dort im Einsatz sind. Kräfte, die man an anderen Brennpunkten der Stadt dringend gebrauchen könnte?“

Bei Scholz hat sich in Hamburg einiges angesammelt: G20-Gipfel, Cum-Ex-Skandal mit Gedächtnislücken oder der Elbtower-Flop. Und jetzt die Dauerbewachung seiner leerstehenden Wohnung. Das wirkt wie eine Kette von Dingen, die so gar nicht zu sozialdemokratischen Grundsätzen passen.



SCHWARZBUCH 2025:



Der Doppelhaushalt 2026/27 wird derzeit diskutiert. Im Etat der Bildungsministerin findet sich darin eine Ausgabe wieder, die aufmerksamen Leserinnen und Lesern des Schwarzbuchs bekannt vorkommen dürfte: die Kitakampagne des Ministeriums für Kindertagesförderung. Für knapp 600.000 Euro wurde dort im vergangenen Jahr Werbung für den Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers gemacht. In diesem Jahr soll die Kampagne in die zweite Runde gehen. Etwa 3,5 Mio. Euro veranschlagt das Ministerium im Doppelhaushalt für die „Fachkräfteoffensive Kindertagesförderung“ – mit dem Hinweis, dass es dabei überwiegend um diese Kampagne gehen soll. Unverständlich erscheinen diese Pla-



FRISCHES GELD FÜR DIE KITAKAMPAGNE

nungen vor allem deshalb, weil es in MV in diesem Bereich keinen Fachkräftemangel gibt. Vielmehr sehen sich Erzieherinnen und Erzieher aufgrund massiv sinkender Geburtenzahlen mit reduzierten Arbeitsstunden oder sogar Kündigungen konfrontiert. Wozu also braucht es eine derartige Kampagne – zumal in beiden Haushaltsjahren jeweils 9,27 Mio. Euro im Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung eingespart werden sollen? Der Haushaltsansatz für die Fachkräfteoffensive beträgt für 2026 die genannten 3,5 Mio. Euro, im Folgejahr „nur“ noch 500 TEUR. Scheinbar ist der Fachkräftemangel dann behoben – oder liegt es möglicherweise daran, dass bis dahin die Landtagswahlen vorbei sind?

Link zum Schwarzbuch-Fall:
bit.ly/4abZRV3



Mehrere Tage rollten Lastwagen an, um die unterirdische Toilettenanlage zu verfüllen.

HAMBURGS TEUERSTES KLO WIRD EINFACH ZUGESCHÜTTET!



Das muss man dem Senat lassen: Wenn etwas in Hamburg nicht funktioniert, dann wird es zumindest am Ende immerhin ordentlich verfüllt. Die unterirdische Toilette am Gerhart-Hauptmann-Platz, mitten an der Mönckebergstraße, war als Vorzeigeprojekt gedacht. Herausgekommen ist ein Denkmal der Baukunst nach Hamburger Art: erst teuer, dann dicht, dann wieder undicht, dann zu. Die Stadt hatte die Anlage nach der fast einjährigen Sanierung für 2,08 Mio. Euro kurz vor dem Bürgerfest zum „Tag der Deutschen Einheit“ 2023 eröffnet. Doch nach drei Monaten musste das „stille Örtchen“ wieder geschlossen werden. Monate gingen ins Land – und nur die Verantwortlichen wissen, was oder besser, ob in dieser Zeit überhaupt etwas geschehen ist. Vor dem Beginn der Weihnachtsmarktzeit gab es plötzlich hektisches Treiben. Wer möchte schon einen riesigen Bauzaun unmittelbar vor einem der gut besuchten Weihnachtsmärkte haben?

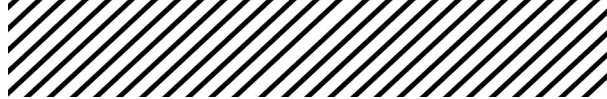
Dann kam die Entscheidung aus dem Bezirksamt, und die ist fast schon Kabarett: Baulogistik schwierig, Baufeld widrig, zu viele Einschränkungen für City, Verkehr und Passanten. Übersetzt: Das Klo wäre zwar teuer gewesen, aber vor allem lästig. Und weil der Neustart sich wohl bis 2027 gezogen hätte und sogar eine Vergrößerung der Baustelle im Raum stand, wollte man in der City offenbar keinen jahrelange Peinlichkeit. Am Ende lief auch noch die Genehmigung für die Baustelleneinrichtung zum 31. Oktober aus. Verlängert wurde sie

nicht. Ironie des Ganzen: Erst wird mitten auf der Flaniermeile eine Premium-Toilette gefeiert, dann steht dort monatelang ein Bauzaun ohne sichtbare Bautätigkeit, und am Ende sind alle froh, dass die Baustelle verschwindet. Der Weihnachtsmarkt-Veranstalter jubelt, Innenstadttaktiker sprechen von „Lieber ein Ende mit Schrecken“, und die Behörde verkauft das Zuschütten als Beitrag zur Innenstadt-Attraktivität. Das ist Hamburg 2025: Viel Steuergeld für wirklich nichts. Nur eine Kleinigkeit bleibt offen: Wer bezahlt eigentlich die Rechnung für diese Posse? Die Stadtreinigung prüft laut Bericht Regressansprüche. Gut. Aber prüfen reicht nicht. Sollten externe Firmen verantwortlich sein, muss transparent gemacht werden, ob und in welcher Höhe die Stadt Regressansprüche durchsetzt. Und falls die Ursachen in Planung, Steuerung oder Kontrolle liegen, gehört auch das offen benannt. Der Senat darf diesen Fall nicht einfach zuschütten, ohne die Verantwortung zu klären.

Als Trostpflaster soll es nun eine mobile, inklusive Toilette geben. Langfristig wird über eine neue Anlage im geplanten „Haus der digitalen Welt“ nachgedacht, nur liegt das eher in der Kategorie „schöne Idee für die frühen 2030er“. Bis dahin gilt: Hamburg kann vieles. Aber offenbar ist schon eine funktionierende City-Toilette ein Projekt, bei dem man am Ende froh ist, wenn wenigstens das Pflaster wieder gerade liegt.

Link zum Schwarzbuch-Fall:
bit.ly/4rS1AFv





WOHNZUSATZKOSTEN-VERGLEICH 2025:

Hamburg wird teurer – aber bei der Grundsteuer ist der Senat auf dem richtigen Weg



Die Zahlen des neuen Wohnzusatzkosten-Vergleichs 2025 des Bund der Steuerzahler zeigen ein gemischtes Bild. Einerseits steigen die lau-

fenden Wohnzusatzkosten in nahezu allen Landeshauptstädten – Hamburg eingeschlossen. Andererseits beweist Hamburg bei der Reform der Grundsteuer, dass ein einfaches und faires Modell möglich ist. Damit setzt die Hansestadt ein wichtiges Signal, während viele andere Bundesländer ihre Bürger mit überzogenen Wertmodellen zusätzlich belasten. „Hamburg wird bei den laufenden Gebühren immer teurer, aber beim Grundsteuer-Modell macht die Stadt vieles richtig“, sagt Sascha Mummenhoff, Landesvorsitzender des Bund der Steuerzahler Hamburg e.V.

Der BdSt hat für alle Landeshauptstädte die Wohnzusatzkosten ohne Grundsteuer verglichen – also Wasser-, Abwasser-, Niederschlagswasser- und Abfallgebühren sowie den Rundfunkbeitrag. Im Hamburger Musterhaushalt stiegen diese Kosten 2025 auf 1.322,10 Euro (Vorjahr: 1.265,48 Euro) – ein Plus von 56,62 Euro bzw. 4,5 Prozent. Damit liegt Hamburg im Ranking leicht besser als 2024 (Platz 6 statt 7).

Die Kostensteigerung betrifft alle Teilbereiche:

- » Trinkwasser: + 9,96 € (377,76 €/Jahr)
- » Schmutzwasser: + 13,20 € (318,12 €/Jahr)
- » Niederschlagswasser: + 20,50 € (124,50 €/Jahr)
- » Abfallgebühren: + 12,96 € (281,40 €/Jahr)

Wichtig: Dieser rechnerische Anstieg ergibt sich auch durch die geänderte Vergleichsbasis. Im neuen BdSt-Musterfall wurde die Grundstücksfläche von 300 auf 500 Quadratmeter erweitert und die versiegelte Fläche um 20 Quadratmeter erhöht, um aktuellen baurechtlichen Vorgaben zu entsprechen. Dadurch steigen insbesondere die Kosten für Niederschlagswasser, obwohl die Tarife selbst weitgehend stabil geblieben sind. Bereinigt um diesen Effekt zahlt Hamburg im Vergleich zum Vorjahr bei den laufenden Gebühren (ohne Grundsteuer) rund 2,85 Prozent mehr (vor allem durch moderate Erhöhungen bei Abfall-, Schmutzwasser- und Trinkwassergebühren).

Die Grundsteuerreform sorgt dafür, dass Hamburg im Gesamtranking (inklusive Grundsteuer) auf Platz 4 steht. Das liegt am neuen Flächenmodell, das die Grundsteuer nicht mehr nach Immobilienwert, sondern nach Wohn- und Grundstücksfläche berechnet. Damit setzt Hamburg ein einfaches, transparentes und leistungsgerechtes System um. „Das ist im Sinne des Bund der Steuerzahler“, sagt Mummenhoff. „Die Grundsteuer soll keine kleine Vermögensteuer sein, sondern die kommunalen Leistungen finanzieren, die alle nutzen. Hamburg hat hier das bessere Modell.“ Allerdings hat die Stadt die Chance verpasst, das Modell noch zielgenauer zu machen. Hamburg unterscheidet bislang nur zwischen zwei Lagen – einfacher und gehobener Wohnlage. „Für eine Stadt mit der Spannweite zwischen Billstedt und Blankenese ist das zu grob“, so Mummenhoff. „Eine dritte Lage wäre notwendig gewesen, um das Modell ausgewogener zu machen.“

Um die neuen, deutlich niedrigeren Steuerwerte aus dem Flächenmodell auszugleichen, hat die Stadt den Hebesatz auf 975 Prozent erhöht. Das ist der Hebesatz, der Hamburg die gleichen Grundsteuereinnahmen beschert wie im Vorjahr. Damit hat Hamburg die Grundsteuerreform, wie versprochen, aufkommensneutral umgesetzt. Mit einem Hebesatz von 975 Prozent bleibt Hamburg eine der teuersten Städte Deutschlands. „Der Senat hätte die Reform aber nutzen können, um zu entlasten. Stattdessen kassiert er weiter Rekordsummen“, so Mummenhoff. „Das Modell ist richtig, aber die Ausgestaltung unvollständig, und die Politik nutzt es nicht für echte Entlastung.“

Neben Steuern und Abgaben belasten auch städtische Unternehmen wie Hamburg Wasser und die Hamburger Energienetze die Bürger zusätzlich. Beide waren mit Misswirtschaft und Kostenexplosionen im Schwarzbuch des Bund der Steuerzahler vertreten. „Diese Unternehmen erhöhen Gebühren, obwohl sie selbst effizienter arbeiten müssten“, kritisiert Mummenhoff. „Hier braucht es endlich mehr Kontrolle.“

Forderungen des Bund der Steuerzahler Hamburg e.V.:

- » Keine weiteren Hebesatzsteigerungen bei der Grundsteuer

- » Echte Entlastung bei Energie- und Wohnnebenkosten
- » Steuerfreiheit beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum
- » Verbindliche Wirtschaftlichkeitskontrolle für städtische Unternehmen

„Jetzt muss der Senat dafür sorgen, dass er bei den Wohnzusatzkosten nicht zum Dauer-Kostentreiber wird. Vor diesem Hintergrund wird es spannend sein, wie sich die Wohnzusatzkosten in Hinblick auf den Zukunftsentscheid verändern werden.“

Hintergrund:

Der Wohnzusatzkosten-Vergleich 2025 des Bund der Steuerzahler untersucht die jährlichen Zusatzkosten eines Einfamilienhauses (120 m² Wohnfläche, 500 m² Grundstück) in den 16 Landeshauptstädten. Berücksichtigt werden Wasser- und Abwassergebühren, Niederschlagswasser, Abfallgebühren und der Rundfunkbeitrag. Die Hamburger Zahlen basieren auf den aktuellen Tarifen der Versorger für das Jahr 2025.

Hamburg dreht wieder an der Kostenschraube

2026 müssen die Hamburgerinnen und Hamburger mehr für Abwasser und Müllabfuhr zahlen. Der Senat hat Anfang Dezember die Gebührenänderungen beschlossen. Für die Müllabfuhr muss ein durchschnittlicher Hamburger Haushalt 2026 etwa neun Euro mehr einplanen. Die Gebühren für die Abfallentsorgung steigen um 3,4 Prozent. Für die Beseitigung von Schmutz- und Niederschlagswasser werden rund 3,3 Prozent aufgeschlagen – für einen Durchschnittshaushalt sind das etwa acht Euro mehr im Jahr. Auch bei der Zweckentfremdung von Wohnraum greift die Stadt 2026 tiefer ins Portemonnaie: Gebühren rund um Genehmigungen und Verfahren werden laut Finanzbehörde um bis zu 45 Prozent angehoben. Das soll nicht nur die Verwaltungskosten besser decken, sondern ausdrücklich auch eine „Lenkungswirkung“ haben, damit Wohnungen eher Wohnraum bleiben. Teurer wird es außerdem, wenn Wohnraum ohne Genehmigung zweckentfremdet und dann etwa über Online-Plattformen angeboten wird.

Blick nach Mecklenburg Vorpommern

Auch in diesem Jahr bewegt sich Schwerin im mittleren bis unteren Feld der Wohnnebenkosten der Landeshauptstädte. Das ist eine gute Botschaft – eigentlich. Denn zur Wahrheit gehört auch, dass die kleinste aller Landeshauptstädte nur bedingt zur Vergleichbarkeit innerhalb des Bundeslandes herangezogen werden kann. Außerdem liegt das Einkommensniveau der Flächenländer Ost nach wie vor erheblich unter dem der westlichen Bundesländer. So ver-

dienen in MV 36,1 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weniger als 2.750 Euro brutto. In Hamburg macht diese Gruppe „nur“ 15,4 Prozent aus. Wegen der schlechten Haushaltslage, im Haushalt klaffen Löcher in dreistelliger Millionenhöhe, ist damit zu rechnen, dass die Kreise und Kommunen in den kommenden Jahren ihre Steuersätze deutlich anheben. Mehrere Kommunen haben bereits eine Anhebung der Grundsteuersätze angekündigt, darunter auch Rostock und Schwerin.



Bleibt das Landgestüt Redefin ein Zuschussgeschäft?



Der BdSt hat sich zu den Plänen des Landes im Nordmagazin geäußert.



Wird der touristische Teil privatisiert oder verpachtet? Schon ab April soll es Neuerungen geben, sagt der zuständige Minister.

NEUES AUS REDEFIN:

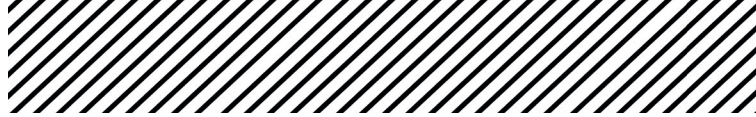
Eine Partnerschaft soll es richten



Nachdem in den vergangenen Monaten – auch auf Anregung des Bundes der Steuerzahler in MV – intensiv über die Zukunft des Landgestüts Redefin diskutiert wurde, gibt es nun Neuigkeiten: Rund 1,7 Mio. Euro in diesem Jahr und in den kommenden Jahren mindestens jeweils 2,5 Mio. Euro – das sind die Summen, die das Land als Zuschuss für den laufenden Betrieb des Landgestüts einplant.

Der BdSt hatte dies, ebenso wie der Landesrechnungshof, seit Jahren wiederholt kritisiert und das Land aufgefordert, endlich tragfähige Konzepte vorzulegen, die das Gestüt aus den roten Zahlen führen. Auch eine Teilprivatisierung sollte geprüft werden. Doch nachdem es im Frühjahr kurzzeitig so schien, als hätte der Landwirtschaftsminister diesbezüglich ein Einsehen, sind sämtliche dieser Pläne inzwischen wieder vom Tisch. Zu den Bedingungen des Landes – etwa der vollständigen Übernahme des

Personals zu unveränderten Konditionen – fand sich kein Interessent. Und weshalb auch? Wäre das Modell wirtschaftlich tragfähig, müsste das Land nicht regelmäßig mit Steuergeld nachschießen. Nun ist lediglich noch von einer Partnerschaft mit einem privaten Anbieter die Rede. Dabei geht es vor allem um den touristischen Bereich des Landgestüts. Für den BdSt in MV ist dies jedoch nichts anderes als „alter Wein in neuen Schläuchen“ – eine solche Kooperation gab es bereits, sie ist letztlich gescheitert. Ob dies auch daran lag, dass das Landgestüt in öffentlicher Trägerschaft die Preise diktieren konnte, die – wie auch in anderen Bereichen der Forst – unter den marktüblichen Konditionen lagen, bleibt reine Vermutung. Wie es mit dem Landgestüt Redefin trotz angespannter Haushaltslage weitergehen soll, scheint inzwischen kaum noch offen. Alles deutet darauf hin: Weiter so!



ANPASSUNG DES MITGLIEDSBEITRAGS

Im Zuge der Mitgliederversammlung des Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. am Dienstag, 4. November 2025, haben die Mitglieder über eine Anpassung des Mitgliedsbeitrags entschieden. Ziel ist es, die verlässliche Arbeit des Landesverbandes auch künftig auf eine solide Grundlage zu stellen und zugleich eine einheitliche Beitragsstruktur im Zuge der geplanten Fusion mit dem Landesverband Hamburg zu schaffen. Für Bestandsmitglieder, die derzeit einen Jahresbeitrag von 48 Euro zahlen, wird der Beitrag ab dem 1. Januar 2026 zur jeweiligen Hauptfälligkeit angepasst: Der Beitrag steigt um 1 Euro pro Monat und beträgt künftig 60 Euro im Jahr.

Warum diese Anpassung notwendig ist

Wir haben uns diesen Entschluss nicht leicht gemacht. Bereits im Jahr 2024 wurden die Beiträge erstmals seit 2008 moderat angepasst, um unsere langjährigen Mitglieder nicht übermäßig zu belasten. Die weiterhin spürbaren Preissteigerungen zeigen jedoch, dass diese Erhöhung die realen Kosten in zwischen nicht mehr ausreichend abdeckt. Besonders stark betroffen sind die Kosten für Druck und Versand unseres Mitgliedermagazins „Der Steuerzahler“, die mittlerweile nahezu den bisherigen Jahresbeitrag von 48 Euro erreichen. Gleichzeitig steigen auch

weitere laufende Ausgaben, die für eine ordentliche Verbandsarbeit notwendig sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Fusion mit dem Landesverband Hamburg. Dort liegt der Mindestbeitrag bereits bei 60 Euro jährlich. Eine Harmonisierung der Beiträge ist deshalb sinnvoll, um Transparenz, Fairness und eine stabile Finanzierung für die gemeinsame Arbeit sicherzustellen.

Wir sind an Ihrer Seite!

Als Mitglied haben Sie weiterhin die Möglichkeit, mit allen Fragen rund um das Thema Steuern zu uns zu kommen. Damit wir Ihre Anliegen schnell und effizient beantworten können, bitten wir Sie, Ihre Fragen bevorzugt per E-Mail an uns zu richten. Die Adresse lautet:

service@steuerzahler-mv.de

Die bereits geltende Beitragsordnung (Beschluss vom 10. Oktober 2023) sieht für Neumitglieder weiterhin eine Staffelung vor. Seit dem 01.11.2023 gelten folgende Mindestbeiträge:

Persönliche Mitgliedschaft: 96 Euro

Firmenmitgliedschaft: 120 Euro

Zudem kann der Vorstand im Rahmen von Sonderaktionen einen Aktionstarif beschließen, der jedoch mindestens 60 Euro betragen muss.

Zum Schluss sagen wir ganz bewusst: Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen. Nur Dank der Unterstützung unserer Mitglieder können wir uns so aktiv für mehr Steuergerechtigkeit einsetzen, wie wir es tun.

.....

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg e.V. und Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V.; **V.i.S.d.P.:** Sascha Mummenhoff; **Redaktion:** Sascha Mummenhoff/BdSt HH: Ferdinandstraße 36, 20095 Hamburg, Telefon: 040 330663, E-Mail: mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de; Michaela Skott/BdSt MV: Wittenburger Straße 96, 19053 Schwerin, Telefon: 0385 5574290, E-Mail: presse@steuerzahler-mv.de; **Grafik:** Franziska Bulgrin, www.franziskabulgrin.de

ONLINE-SEMINARE

Wir begrüßen Sie gern zu unseren kostenlosen Online-Vorträgen in Kooperation mit dem BdSt Rheinland-Pfalz. Die Veranstaltungen finden online auf Zoom statt.

Bitte melden Sie sich zeitnah per E-Mail an unter:

veranstaltungen@bdst-rlp.de

„Basics zur Unternehmensnachfolge“

Referent: Oliver Sacha

Dienstag, 20. Januar 2026, 12.30 Uhr

„Erfolgsfaktor Management“

Referent: Arno Emmerich

Mittwoch, 21. Januar 2026, 12.30 Uhr

„Steuern rund ums Kind“

Referentin: Sabina Büttner

Donnerstag, 22. Januar 2026, 12.30 Uhr

„Checkliste im Erbfall“

Referentin: Michaela van Wersch

Mittwoch, 28. Januar 2026, 12.30 Uhr

„Aktuelle Neuregelungen im Arbeitsrecht“

Referentin: Michaela van Wersch

Dienstag, 3. Februar 2026, 12.30 Uhr

„Steuerfragen bei Heizungsgesetz, Gebäudesanierung & Co.“

Referent: Ralf Schönfeld

Donnerstag, 5. Februar 2026, 12.30 Uhr

„Nextgen: Märkte der Zukunft“

Referent: Morthen Berg

Donnerstag, 19. Februar 2026, 12.30 Uhr

„E-Rechnung: Was kommt auf uns zu?“

Referentin: Claudia Daube

Dienstag, 24. Februar 2026, 12.30 Uhr

„Wechsel zur gesetzlichen Krankenversicherung“

Referentin: Sabina Büttner

Mittwoch, 25. Februar 2026, 12.30 Uhr

„Erfolgreiche Förderprogramme rund ums Wohnen“

Referentin: Sabina Büttner

Donnerstag, 26. Februar 2026, 12.30 Uhr